

Bezugspreis:

Vierteljahr 36.- M. monatl. 12.- M. ...

Telegraphisch: Soziale Demokratie

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die zeichnerischen Anzeigen ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 24. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Krise in den städtischen Werken.

Die Urabstimmung der Angestellten.

Die Urabstimmung der städtischen Angestellten über den Schiedspruch vom 21. November hat heute morgen begonnen ...

Mit dem Ergebnis der Abstimmung wird sich zunächst eine Funktionärskonferenz beschäftigen ...

Die Angestellten fordern, daß entgegen dem Schiedspruch das 21. Lebensjahr als frühestes Beginn des Besoldungsdienstalters angesehen wird ...

Heute nachmittag werden die Vertreter der Angestellten die Fraktionen der Stadtordnungsversammlung aufsuchen ...

Heute abend tritt eine Funktionärerversammlung der Gemeindearbeiter zusammen ...

Morgen werden zwischen dem Lohnkartell, der in den Gemeindebetrieben vertretenen Organisationen und dem Magistrat Verhandlungen über den kommenden Lohnvertrag beginnen ...

Diese Meldungen genügen, um zu zeigen, daß die Situation außerordentlich schwierig ist und daß man mit großen und schweren Wirtschaftskämpfen in den städtischen Werken zu rechnen hat ...

Kulturpolitik und Koalition.

Von Richard Bohmann.

Die Beratungen des Schultats im Hauptausschuß des preussischen Landtags haben auch den kurzschichtigsten erkennen lassen, daß der Hebel des kulturellen Fortschritts in Preußen bereits wieder auf Halt gestellt ist ...

Man hat der Sache keinen Dienst damit erwiesen, daß man die ganze Frage immer nur als Personenfrage diskutiert hat. Noch weniger damit, daß man die Befehung des Kultusministeriums als unausweichliche Bedingung für die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Koalition hingestellt hat ...

Es ist nämlich bisher nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit darauf hingewiesen worden, daß das kulturelle Gebiet innerhalb der jetzigen Koalitionsparteien insofern eine ganz einzigartige Stellung einnimmt, als wir es hier mit einer doppelköpfigen Reaktion zu tun haben ...

Wiederaufbauabstimmung im Sommegebiet.

Uebervältigende Mehrheit für deutsche Mitarbeit.

Paris, 24. November. (W.T.B.) Die „Oeuvre“ mitteilt, hat die Abstimmung, die der Ausschuss für den Wiederaufbau unter dem Vorsitz des Abg. Basly in den elf in Frage kommenden Dörfern des Sommegebietes veranstaltet hat, folgendes Ergebnis gehabt: Vier Dörfer haben mit 99 Prozent der Stimmen für den französisch-deutschen Wiederaufbau gestimmt ...

Daraufhin erklärte Minister Loucheur: „Diese Ergebnisse sind nicht amtlich (!). Man muß noch wissen, ob die in Frage kommenden Interessenten tatsächlich vollkommen aufgeklärt waren, um sich in voller Freiheit entscheiden zu können.“

„Coe Nouvelle“ glaubt, die Lage optimistisch ansehen zu dürfen. Einer der Gewerkschaftsführer, Marcel Laurent, werde demnächst nach Deutschland reisen, um mit den deutschen Gewerkschaften den Vertrag über den Wiederaufbau endgültig abzuschließen.

Nach dem Pariser „Peuple“ beträgt der Prozentsatz der Einwohner, die sich für die Verwendung deutscher Arbeiter ausgesprochen haben:

In Bernandovillers 99 Proz., in Assivillers 99 Proz., in Soyecourt 99 Proz., in Dempiere 99 Proz., in Bequincourt 90 Proz., in Kellop-en-Santerre 99 Proz., in Billers-Carbonnel 76 Proz., in Fay 60 Proz., in Abloincourt 69 Proz., in Berny-en-Santerre 43 Proz., in Fresnoes-Mazancourt 90 Proz., und in Estrées-Denis-court 90 Proz.

Ohne die ungünstige Abstimmung in dem einen Dorfe Berny-en-Santerre wäre also der Prozentsatz für die Zulassung deutscher Arbeitskräfte ganz ungeheuer hoch.

Paris, 24. November. (W.T.B.) Minister Loucheur erklärte, wie die Agentur Havas meldet, im Laufe der gestrigen Unterredung mit den Führern des Ausschusses für den Wiederaufbau, daß in Erwartung der deutschen Arbeiter 5000 italienische gelernte Arbeiter eintreffen würden, um die ländlichen Gemeinden wieder aufzubauen. Im Frühjahr würden weitere 10 000 zu dem gleichen Zweck angeworben werden.

Ein diplomatischer Schritt in Budapest.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat in der Frage der Adressierung des Reichsschreibens der ungarischen Regierung an den ehemaligen bayerischen Kronprinzen durch ihren Gesandten in Budapest die sich aus dem Sachverhalt ergebenden Vorstellungen erhoben.

Es handelt sich um die bekannte Adresse „An S. E. Majestät König Rupprecht von Bayern“, die eine Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse bedeutet, wogegen im „Vorwärts“ sofort schärfster Einspruch erhoben wurde. Das Ergebnis des in Budapest unternommenen Schrittes hoffen wir noch zu erfahren.

Oesterreichischer Sozialistentag.

Wien, 24. November. (Intel.) Morgen tritt in Wien der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. „Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben“, „Die wirtschaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik“ und „Die internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien“.

In ihrem Leitartikel, den sie der vor dem Parteitag zusammen tretenden Reichsfrauenkonferenz widmet, teilt die „Arbeiter-Zeitung“ mit, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei von kaum 10 000 vor dem Kriege auf 118 902 in diesem Jahre gestiegen sei. Die Zahl der männlichen Mitglieder im vergangenen Jahre habe sich um 43 Proz., die der weiblichen Mitglieder um 55 Proz. vermehrt.

Belgiens neue Kammer.

Brüssel, 23. November. (W.T.B.) Die neue Kammer wird sich endgültig wie folgt zusammensetzen: 82 Katholiken, 66 Sozialisten, 33 Liberale, 4 Mitglieder der Frontpartei und 1 Vertreter der Partei der Kriegsteilnehmer.

Japan und China.

London, 23. November. (W.T.B.) Einer Exchange-Meldung aus Washington zufolge hat Admiral Kato erklärt, daß Japan die Mandschurei als einen Teil Chinas ansehe und daß es den vom Senat Rat aufgestellten Grundsätzen trotz des riesigen dort befindlichen Bestandes Japans folgen und auf die Souveränität über die Mandschurei verzichten werde. In britischen Kreisen nehme man an, Japan sei der Ansicht, daß die Annahme der aufgestellten Grundsätze auch die Räumung Schanung, Kwantung und vielleicht auch der Mongolei umfassen würde.

Paris, 24. November. (W.T.B.) Wie der Washingtoner Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ mitteilt, hat Admiral Kato einen Abänderungsantrag zu der Resolution Formel eingebracht, in dem der Status quo in der Mandschurei anerkannt wird. Der Antrag sei angenommen worden, obwohl die Vereinigten Staaten und Japan beide die Mandschurei als ein Bestandteil Chinas anerkannt haben.

Unsichere Börse.

An der heutigen Berliner Börse hielten sich die Umsätze an ausländischen Zahlungsmitteln in sehr engen Grenzen. Man führt diese Geschäftstillheit auf die zahlreichen sich widersprechenden Meldungen über die Stellung Englands zur Frage des Kredites und Moratorium zurück. Um die Mitagsstunde wurde der Dollar mit 277 1/2 gehandelt. Die Effektenbörse zeigte bei ebenfalls kleinem Geschäft sehr feste Tendenz.

Der deutsche Botschafter in Rom, von Berenberg-Göbler, hat um seine Entlassung aus dem Reichsdienst gebeten.

Die Temperenzbewegung in den Vereinigten Staaten. Präsident Harding hat eine Bill unterzeichnet, die die Verwendung alkoholischer Getränke zu ärztlichen Zwecken beschränkt soll.

Gestalt wird und muß das preussische Kultusministerium eine reaktionäre Politik nach allen Richtungen hin treiben, für die die Sozialdemokratie die Verantwortung nicht mit übernehmen kann. Soll darum die Koalition nicht an der Haltung des Kultusministeriums scheitern, so müßte die Wege gegangen werden, die das Zentrum unter dem Ministerium Haenisch durch die Eingliederung seines Staatssekretärs Wilmanns gegangen ist, während ja der andere Teil der Reaktion durch den gesamten Beamtenapparat bereits hinreichend vertreten und in seinem Einfluß gesichert war (und es noch heute ist). Man braucht sich dabei durchaus nicht auf einen parlamentarischen Staatssekretär zu verlassen, sondern man kann die Diagonale der Kräfte sehr wohl auch auf andere Weise ziehen. Aber irgennein Weg, die Führung einer Koalitions-Kulturpolitik an Stelle einer reaktionären Kulturpolitik grundsätzlich sicherzustellen, muß gefunden werden. Wenn wir keine Beschränkung fordern, so werden die anderen Parteien dem zustimmen und zustimmen müssen — im Interesse der Koalition.

Die preussische Geschäftsordnung.

Eine lange Sitzung.

Von 12 Uhr mittags bis 5 1/2 Uhr morgens hat der preussische Landtag durchgetagt, um die neue Geschäftsordnung unter Dach und Fach zu bringen. Trotz der Obstruktionsversuche der Kommunisten ist ihm dies gelungen. Abgesehen von ihrem Trillerpfeifentheater, der Verwendung von Steinbomben, Riehpulver und ähnlichen „revolutionären Mitteln“ hatten die wilden Männer um Rey und Rost Wolfstein den Trick gebraucht, zu fast allen Paragraphen der Geschäftsordnung und ihren eigenen Entwürfen namentliche Abstimmungen zu beantragen. So waren nicht weniger als 87 namentliche Abstimmungen notwendig geworden, mit denen die lange Nachtstimmung bis zum Morgen ausgefüllt war. Der Wunsch der Kommunisten, daß das Haus beschlußunfähig werden möge, erfüllte sich nicht. Von der Mehrheit wurde eiserne Disziplin geübt und die Zahl der Abstimmenden blieb die ganze Nacht hindurch fast konstant. Es war zwar keine erfreuliche noch ansehnliche Arbeit für die Abgeordneten, aber alle sieben Minuten, im ganzen 67mal, eine Stimmliste abgeben zu müssen, aber man fügte sich mit Humor in das Unvermeidliche. Sehr erregt war man allgemein, als gegen 4 Uhr die Morgenansage des „Vorwärts“ im Hause verlesen wurde. Alles rührte sich um die Nummern, die ein Genosse herbeigekauft hatte, nur Rey lehnte mit entsetzter Gebärde ab. Die Kommunisten verloren übrigens sehr bald selber die Lust an dem Linsinn, den sie eingebrockt hatten, gegen zwei Uhr morgens stellten sie — sichtlich ermüdet — ihren Krakeel ein, und es erregte nur stürmische Heiterkeit, als plötzlich um 4 Uhr morgens Rost Wolfstein noch einmal ganz unerwartet ihr Pfeifen zu einem schrillen Bliff ansetzte.

Wer das Gebaren der Kommunisten verfolgt, der müßte zu der Ansicht kommen, daß sie sich hier gegen etwas ganz Außerordentliches, Unmögliches hätten zur Wehr sehen müssen. Tatsächlich besaß einer ihrer Redner die Geschicklichkeit, die neue Geschäftsordnung des Landtags für „fastimmer als das Sozialistengesetz“ zu erklären. Ihm kommt allerdings zugute, daß er das Sozialistengesetz höchstens als Steuerverordnung erachtet hat. Bei ihrem ganzen Krakeel spekulieren die Kommunisten wohl darauf, daß von tausend ihrer Anhänger nicht einer den wirklichen Inhalt der neuen Geschäftsordnung kennen dürfte.

Die neue Geschäftsordnung verhindert weder eine sachliche, noch eine scharfe Opposition. Das einzige, was sie unmöglich machen soll, sind die unfähigen Gummelreden und Gewaltakte, wie sie von den Kommunisten systematisch zur Schande des Parlaments verübt wurden. Wenn die Kommunisten darauf verzichten, andere Abgeordnete täglich anzugreifen, mit Wasser nach ihnen zu gießen, dem Präsidenten die Glocke wegzunehmen usw., dann wird auch ihnen unter der neuen

Geschäftsordnung kein Haargekrümmt werden. Aber selbst wenn einige von ihnen aus angeborenem Lärmbedürfnis derartiges nicht lassen können, so liegt es gleichfalls nur an ihnen, ob die Folgen schwere oder leichte sind. Der § 59 der Geschäftsordnung bestimmt nämlich, daß ein Abgeordneter, der in grober Weise die Ordnung verlegt, durch den Präsidenten von der weiteren Teilnahme an der Sitzung (nur an dieser einen) ausgeschlossen werden kann. Fügt sich der Abgeordnete, so hat es mit dieser verhältnismäßig leichten Maßnahme sein Bewenden. Nur wenn der ausgeschlossene Abgeordnete trotz der Aufforderung des Präsidenten den Saal nicht verläßt, so zieht dieses Verhalten ohne weiteres den Ausschluß für die folgenden acht Sitzungen des Landtages nach sich. Nur in ganz besonders schweren Fällen kann der Ausschluß den Ausschluß auf fünfzehn Sitzungstage ausdehnen. Gegen die Ausweisung durch den Präsidenten hat der Abgeordnete durch § 59a noch mehrere Rechtsmittel, nämlich zunächst den Appell an den Ausschlußrat, sodann die Anrufung der Entscheidung des Landtages.

Das ist das ganze „neue Sozialistengesetz“. Man sieht: ein Abgeordneter, der auch nur halbwegs den Anstand wahrt, wird gar nicht von diesen Bestimmungen betroffen. Wenn die Kommunisten trotzdem ein durchdringendes Geschrei wegen dieser Bestimmung erheben, so geben sie eben damit deutlich ihre Absicht kund, nicht den Anstand zu wahren, sondern systematisch neue Tumulte heraufzubeschwören, wie ihnen dies ja von Moskau in den bekannten „Leitfäden zum Parlamentarismus“ vorgeschrieben ist. Ein Parlament, das sich nicht gegen die offen zugestandene Absicht der Sabotage zu schützen versuchte, würde sich damit selber aufgeben. Gewiß hätte die Sozialdemokratie lieber die bisherige Geschäftsordnung bestehen lassen, die keine Disziplinarmassregeln außer dem Ordnungsruf kannte. Aber die Kommunisten haben systematisch ihre Verschärfung erzwungen. Es ist ja ihr Grundfalsch, alle Freiheitsrechte systematisch solange zu mißbrauchen, bis sie eine Einengung durchgesetzt haben, um dann heuchlerisch über diese Einengung lamentieren zu können!

Die Kappisten als Verfassungsschützer.

Die Meinung eines Reichsgerichtsrats a. D.

In der deutschmonarchistischen „Deutschen Zeitung“, die den Kapp-Buß als „deutschen Frühling“ feierte, wird hartnäckig die Ansicht verfochten, daß es und Genossen müßten von der Anklage des Hochverrats freigesprochen werden, und zwar aus folgendem Grund: Die Kappisten hätten gekämpft, das Weiterbestehen der Nationalversammlung sei verfassungswidrig, und sie hätten geglaubt, durch ihr Vorgehen die Verfassung zu schützen. Es habe sich bei ihnen also um einen „Irrtum über den Inhalt ihrer Pflichten“ gehandelt, und darum könnten sie nicht wegen Hochverrats bestraft werden.

Nach dieser Theorie kann jedermann an der Spitze einer handfesten Schor die Reichsanzeige führen und sich selber zum Reichsregenten machen. Geht die Sache schief, so braucht er nur zu sagen, er habe geglaubt, damit die Verfassung zu schützen, dann muß er unbedingt freigesprochen werden. Es war kein Hochverrat, es war nur verfassungsrechtliche Putzputzerei, nichts weiter.

Dieser juristische Kniff zur Legalisierung des Bußchismus ist von einem Reichsgerichtsrat a. D. Wittmoos erfunden worden, der sich nicht einmal scheut, seinen Artikel mit seinem vollen Namen zu zeichnen. Herr Wittmoos ist a. D. Aber wenn seine Deute seines Satzes im Dienste sind, wenn ihnen das Recht in Pflege gegeben ist — was kann dabei herauskommen? Eben das, was wir selber nur allzu oft erleben!

Der verbotene „Vorwärts“.

Auf eine Anfrage der Abgeordneten Krüger und Genossen wegen Verbots des „Vorwärts“ in einer Schutzpolizei-Kaserne hat Minister Severing folgende Antwort erteilt:

„Polizeihauptmann Kiedermeyer hat tatsächlich einer Zeitungsergängerin, die den „Vorwärts“ in die Polizeikaserne bringen sollte, die Ausweistarte verweigert, da bereits

ein Zeitungshändler (1) Zutritt zur Kaserne hatte, der alle Zeitungen ohne Unterschied der Partei feilhält.

Der Kommandeur der Schutzpolizei Berlin hat, noch bevor die Angelegenheit in der Presse zur Sprache kam, eingegriffen und die ungewöhnliche Maßnahme des Hundertschaftsführers aufgehoben.“

Boldts Flucht vorbereitet.

Hamburg, 24. November. (Eig. Drohtbericht.) In der Hamburger Bürgerchaft kam gestern infolge einer kommunistischen Anfrage der Fall Boldt zu einer kurzen Besprechung. Durch das bürgerchaftliche Mitglied der Polizeibehörde wurde in der Antwort auf die Anfrage zum Ausdruck gebracht, daß Boldt Helfershelfer gehabt habe, die seine Flucht begünstigt hätten.

Die „München-Lugsburger Abendzeitung“ berichtet gestern, daß der entlassene Boldt in Hamburg sein Ehrenwort gegeben habe, das bereits am 13. November abgelaufen sei, und Boldt den Gefängnisdirektor auf diesen Umstand hingewiesen habe, sich also seinen Wortbruch zuschulden kommen ließ. Nach unserer Information trifft diese Darstellung der „München-Lugsburger Abendzeitung“ nicht zu, sondern nach Ablauf der Frist am 15. November hat Boldt auf des Ersuchen des Gefängnisdirektors sein Ehrenwort erneuert. Die Folgeungen, die die Berliner „Freiheit“ und die „Mitteltage“ der „München-Lugsburger Abendzeitung“ treffen, sind somit hinfällig. Der Oberleutnant Boldt ist unter Wortbruch entlassen.

Ein Hohenzollernlandrat.

Sie aus einer kleinen Anfrage der Abgeordneten Genossen Neumann-Miltenstein, Stamer, Frau Ostreicher und Frau Woblgemuth an die preussische Regierung hervorgeht, läßt der Landrat v. Mirbach im Kreise Reidenburg (Ostpreußen) entgegen den bestehenden Anordnungen des Ministers und trotz mehrfacher Hinweisung durch sozialdemokratische Kreisratsmitglieder aus dem Sitzungssaal des Reidenburger Kreishauses zwei Hohenzollernbilder (Wilhelm II. und seine Frau) nicht entfernen.

Derselbe Landrat beauftragte den Gemeindevorsteher Pasternak aus Bionten mit einer Sammlung von Unterschriften zur Entfernung eines sozialdemokratischen Lehrers aus Diskau und erteilte dem Pasternak aus Dank für diese Tätigkeit eine vom Schulbezirksamt verhängte Geldbuße.

Im Kreise Grimmen (Vorpommern) stehen zwölf deutsche-nationale und volksparteiliche Abgeordnete zehn sozialistischen Vertretern gegenüber. Schon vor einiger Zeit hatten unsere Genossen angeregt, die drei Kaiserbilder aus dem Sitzungssaal des Kreisbüros zu entfernen, und zwar möglichst ruhig und ohne Aufsehen. Die deutschnationale Mehrheit lehnte das ab. Die Bilder sind ein Geschenk des Großgrundbesitzes. Nunmehr hat Genosse Weder-Partmannsdagen dem Kreisrat bekannt, daß auch die Arbeiter dem Kreisrat ein Geschenk machen würden, nämlich das Bild des ersten Reichspräsidenten. Zu diesem Zweck wurde bereits unter den viertausend organisierten Arbeitern des Kreises eine Kollektion veranstaltet. Die deutschnationalen, die eben noch Relpet für ihre „berechtigten Forderungen“ gefordert hatten, nach dem berühmten Beispiel des Junkers Alexanders: Das ist ganz was anderes. Sie lehnten die Annahme dieses Geschenkes ab. Die Sammlung für Eberts Bild ist inzwischen aber in die Wege geleitet, und unsere Genossen werden im Kreisrat beantragen, daß das Bild neben den drei Kaiserbildern im Glimmer Sitzungssaal aufgehängt wird. Im Kreisrat stehen drei sozialdemokratische gegen drei reaktionäre Stimmen. Der von der Mehrheit gewählte Landrat Dr. Trautmann, nach ihrer Behauptung ein unpolitischer Beamter, hat die Entscheidung. Man wird nunmehr sehen, ob dieser Landrat im Sinne der preussischen Regierungserklärung für die Republik eintreten wird.

Der Jugendwohlfahrtsausschuß des Reichstages erhöhte am Mittwoch die geforderten 50 auf 100 Millionen Mark. Der unabhängige Antrag (Erhöhung bis 500 Millionen Mark) wurde abgelehnt. — Gegen die deutschnationalen, Bayerische Kollaportel und einen Teil des Zentrums wurde die Regierungsvorlage in erster Lesung angenommen.

Seit wann gibt es Juden in Deutschland?

Ueber die Frage, seit wann die Juden in Deutschland ansässig sind, bestehen in der Bevölkerung sehr unklare Ansichten. Wie wir der Schrift „Vom Heimatrecht der deutschen Juden“ (Wisko-Verlag, Lindenstr. 13) entnehmen, ist durch eine Verordnung des römischen Kaisers Konstantin vom 11. Dezember 321 über die Kölner Gemeinde urkundlich erwiesen, daß zu diesem Zeitpunkt Juden schon seit langem in Köln ansässig waren.

Die Juden in Köln waren durch einen früheren — nicht mehr erhaltenen — Erlass des Kaisers von der Berufung in die Kurien befreit worden, sollten aber durch den neuen Erlass auch hierin den römischen Bürgern gleichgestellt sein. Danach muß als feststehend erachtet werden, daß es schon vor der Völkerwanderung, also seit mehr als 1600 Jahren ansässige Juden am Rhein gegeben hat. Die Rechtsbücher der nach der Völkerwanderung gegründeten germanischen Reiche weisen bereits zahlreiche Belege für das Vorhandensein von Juden auf. So verbot z. B. König Gundobad um 500 Ehen zwischen Juden und Christen. Die häufige Wiederholung dieses Verbotes in kurzen Abständen zeigt aber doch, daß dieses Verbot wenig beachtet worden ist und daß im allgemeinen das Verhältnis zwischen Juden und Christen ein gutes gewesen sein muß.

Ueberhaupt war die Stellung der rheinischen Juden im frühen Mittelalter eine durchaus geachtete, mehrfach werden Juden als Seefahrer genannt, sogar unter den mittelalterlichen Minnesängern finden sich Juden. Als dann im 13. und 14. Jahrhundert unter der fanatisierenden Wirkung der Kreuzzüge die Juden vom Rhein vertrieben wurden, nahmen sie ihre mittelhochdeutsche Sprache in alle Welt mit. Daher kommt es, daß nach zwei Drittel aller heute (meist außerhalb Deutschlands) lebenden Juden Deutsch als Muttersprache haben, oder merkwürdigerweise — aber eigentlich natürlicherweise — das Deutsch, das vor sechs- bis siebenhundert Jahren am Rhein gesprochen wurde. Das sogenannte „Jiddisch“ der Ostjuden, die größtenteils die Nachkommen der vertriebenen rheinischen Juden sind, enthält zahlreiche Elemente des Mittelhochdeutschen, das sich hier erhalten hat, während die Sprache in Deutschland selber gewaltige Umwandlungen erfuhr.

Stanislawski über die Kunst der Regie. Das Moskauer Künstlertheater gibt in Berlin ein Gastspiel, und so haben wir wieder Gelegenheit, die Wunder der Ingenieurkunst zu sehen, deren Urheber der Leiter dieser Musterbühne, Stanislawski, ist. In dem bei Osterheld erscheinenden „Blauen Heft“ berichtet Frank Thiel von einer Unterredung mit Stanislawski, in der dieser das Wesen der Regie mit „Dichten und Geduld“ bezeichnet. Wenn dieser Meister der Regie ein neues Schauspiel einstudiert, so stellt er es nicht, wie die meisten unserer Bühnendirektoren, auf die herauszuholenden Theaterwirkungen hin, sondern er

sucht aus ihm das spezifische Wesen seines Dichters zu errönden. Er beschäftigt sich mit dem betreffenden Dichter solange, bis er sein Innerstes begriffen hat, Rhythmus, Klangfarbe, Tempo und Sprechstil seiner Menschen kennt. Dann erst geht er an die Arbeit. Er will keine interessanten Regieeffekte und knallenden Pointen anbringen, sondern ganz in dem Welt des Dichters ausgehen, es wieder hervorbringen und in der neuen Gestalt der Aufführung bereichern. Daher nennt Stanislawski das Wesen der Regie „Dichten“. Wenn das Drama aus den gedruckten Seiten des Buches herausstritt, so muß es mit einem neuen geistigen Sehen, einer eigenschöpferischen Werkleistung gestaltet werden. Und das zweite große Erfordernis ist „Geduld“. Der Regisseur, der nicht viele Stunden, ja Tage und Wochen die Bewegungen des Schauspielers überwachen, jeden falschen Ton, jede unrichtige Gebärde bemerken und verbessern kann, wird die letzten Forderungen nicht erfüllen. Sobald der geistige Strom zwischen ihm und dem Schauspieler nur einen Augenblick unterbrochen wird, läßt der Schauspieler nach und gibt nicht mehr sein Bestes her. Deshalb muß der Regisseur vor allem Spannkraft und Beharrlichkeit haben, und diese hohe Bezahlung ist es, die Stanislawski auszeichnet und die ihn zu einem schwer erreichbaren Vorbild macht.

Protest gegen die Brunnerel. An der zu heute abend 8 Uhr im Sitzungssaal des Herrenhauses vom Schuppervand deutscher Schriftsteller einberufenen Protestversammlung für die Freiheit des neulichen Schaffens werden auch die Vertreterinnen bildender und darstellender Künste mit ihren Verbänden mit Würdenträgern teilnehmen. Für den Schuppervand sprechen: Bernhard Kellermann, Robert Breuer, Rechtsanwältin Allee; von amtlichen Persönlichkeiten: Reichsanwalt Dr. Redalob, Oberregierungsrat Dr. Dulde vom Reichsministerium des Innern, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Linde-nau. Ferner für den Osth-Bund Rechtsanwalt Wolfgang Heine, für die Volksbühne, C. R., Dr. Restrippe, für die alte Segelflotten Professor Karl Höfer, für die neue Segelflotten Professor Louis Carinth und Eugen Spiro; Baron zu Putz-litz für den Deutschen Bühnenverein und Emil Lind für die Deutsche Bühnengenossenschaft. — Der Eintritt zur Versammlung ist frei.

Jelly Philippi, der bekannte Berliner Dramatiker und Erzähler, ist heute nacht im 71. Lebensjahre gestorben. Seine Theaterstücke, die in bühnenwirksamer Form häufig aktuelle Ereignisse der Zeitgeschichte behandelten, fanden in den 1880er Jahren vielen Beifall. Philippis bekannteste Arbeiten waren „Das alte G.“, „Dornenweg“, „Der Erbe“ (Kampf zwischen Biernard und Wilhelm II.) und „Das große Licht“. Seine Mit-Berliner Romane und seine Memoirenbände brachten manches Stofflich Interessante.

Künsterhilfe für die Hungrernden in Rußland. Für die am Sonntag, 27. November, vormittags 11 1/2 Uhr, im Städtischen Schauspielhaus, Gendarmenmarkt, stattfindende Tostojewski-Fest haben ihre Mitwirkung zugesagt: Ilse Durieux, Fritz Kortner, Wolfslin Katschalow, sowie das Orchester des Hoftheaters. — An Stelle des verhinderten Karl Kraus (Wien) hat lebenswürdigerweise Stephan Zweig den einleitenden Vortrag übernommen.

Krankenhausreform in Amerika. In New York soll demnächst ein Hospital eröffnet werden, das einer Menge neuer Ideen Verwirklichung verleiht. Die leitenden Gedanken sollen darin bestehen, daß es keine Krankensäle hat und daß seine Türen sich „von Null aufwärts“ bewegen. Gegen den gewöhnlichen Krankensaal hat man seit langem in Amerika sehr viel eingewendet. Der herabstimmende Eindruck, den er macht, bedeutet, so hat sich kürzlich ein hervorragender amerikanischer Arzt geäußert, einen ständigen Angriff auf den Gesundheitszustand des Patienten. Ueberhaupt würden, so meinte der Arzt, unter den gegenwärtigen Bedingungen die Kranken in den Hospitälern behandelt, als wenn sie nur einen Körper, aber weder Gemüt noch Seele besäßen.

In dem „Fifth Avenue-Hospital“, wie das neue Unternehmen heißen soll, wird nun jeder von den 300 Pflegenlingen Zimmer und Bad für sich allein haben. Die Räume der Räume sind schalldicht, so daß weder das Kommen und Gehen der Kranken und Wärter noch Schmerzgeschreie und andere Geräusche zu den Ohren der Bewohner dringen. Die Temperatur in den einzelnen Zimmern kann nach Belieben auf jeden Wärmegrad vom Gefrierpunkt bis zur Hitze eines türkischen Dampfbades gebracht werden. Das Haus, dessen Grundriß einem riesigen X mit Hauptquadrate an den Enden der Kreuzbalken gleicht, ist so angelegt, daß jeder Raum ein Höchstmaß von Licht und Sicht empfängt. Mehr als die Hälfte der Fenster hat eine wunder-volle Aussicht über die Bäume des Centralparks. Die Zimmer sind für alle bestimmt, in denen unbedingte Ruhe geboten ist, liegen im 9. Stockwerk des Gebäudes, wo der Lärm des Verkehrs zu einem leisen Summen abgedämpft ist, das beruhigender wirkt als völlige Stille.

Was die Preise anbelangt, so ist die Bezahlung nach dem Einkommen der Pflegenlinge und nach dessen Verhältnis zu ihrer sonstigen finanziellen Belastung abgemessen. Dies ist die Bedeutung des Grundgesetzes: „Von Null aufwärts“.

Auch sonst bemüht sich das Hospital, das Wohlfinden seiner Kranken im weitesten Maße zu berücksichtigen. So hat es z. B. eigene Räume, in denen die zu Operierenden eingeschläfert werden. Die Patienten werden also nicht durch den abstoßenden Anblick des Operationsraumes aufgeregt, solange sie noch bei Bewußtsein sind. Sie werden vielmehr zunächst in ein behaglich eingerichtetes Zimmer gebracht und dort in Karkote versetzt.

Ein Schiff für eine Krone! In der schwedischen Rüste war vor einiger Zeit ein russischer Sealer „Hering“ auf Grund gestoßen und gesunken. Das Wrack hat jetzt ein Loos für eine schwedische Krone gekauft. — Immerhin sind das fast 7000 Seewert.

Das Neue Volkstheater in der Adenauer Straße bereitet eine Revueinszenierung von Reichs-Ferdinandem Krug und von Melchior Mehlert vor. Regie: Friedrich Lobe.

„Deutsche Orden.“ Unter diesem Namen wird 1922 in Dresden eine Jahresfeier deutscher Arbeit auf dem Gebiet der sozialen und politischen Kultur stattfinden. Sie soll bei Trauungen und Anwesenheiten den Sinn für Qualität erwecken und klären und die Einigkeit der deutschen Vorkämpfer fördern. Der lässliche Sinn und die Stadt Dresden unterstützen das Unternehmen durch Geldbeiträge und Nebennahme von Garantien.

Die Berliner Geheimbündler.

Berlin, 24. November. (M.B.) Zu der Nachricht über die Verhaftung von Geheimbündlern in Berlin teilt das Polizeipräsidium mit: Die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums hat am 22. November 7 Personen, meist frühere Offiziere und ehemalige Angehörige der 2. Marinebrigade (Ehrhardt), festgenommen, und zwar wegen Verdachts der Geheimbündelerei bzw. der Begünstigung der Arbeiter Erzherrgergers. Die Festgenommenen wurden am 23. November dem gerade in Berlin weilenden baltischen Untersuchungsrichter, der mit der Bearbeitung der betreffenden Angelegenheit beauftragt ist, vorgeführt. Der Richter hielt die Verhaftung lediglich eines der Festgenommenen ausreicht, da er die Beweise für die Schuld der anderen Festgenommenen nicht als ausreichend erachtete.

Der aufgeschobene Generalstreik.

Halle, 24. November. (M.B.) Etwa 600-800 Betriebsvertrauensleute hatten sich im Volkshaus versammelt, um zu den Vorgesängen in Althaus weiter Sitzung zu nehmen. Vorher war eine Kommission gewählt worden, die mit dem Gewerkschaftsrat der U.S.P. und S.P.D. in Verbindung treten sollte, um ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen. Ueber die Verhandlungen erstattete Schöndorf Bericht. Er teilte mit, daß sowohl das Kartell als auch die U.S.P. und S.P.D. abgelehnt hätten, sich an einer Aktion zu beteiligen. Schließlich wurde von der Versammlung folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Versammlung der Betriebsvertrauensleute nimmt den Bericht entgegen und beschließt: Der Generalstreik wird aufgeschoben. Es werden sechs Delegierte der Betriebsvertrauensleute nach Berlin geschickt, die versuchen sollen, die bekannten Arbeiter Deutschlands für die Freilassung aller politischen Gefangenen zu gewinnen.“

Der Verleumdungsfall.

Aus Stade wird uns geschrieben: Die Stadt Strafkommission verurteilte am 23. d. M. den früheren Schultheiß von Altenbruch, Hospizpächter Peter Mohr aus Altenbruch bei Cuxhaven, wegen Verleumdung des Reichspräsidenten Ebert zu 2 Wochen Gefängnis. In einer Sitzung hatte er geäußert: Die Rennerung Schiebe und der Genosse Ebert Schiebe mit und fülle sich die Taschen. Scheidemann mache es aber noch schlimmer, er stelle dem Kaiser die Krone und stelle nebenbei noch große Reden. Die vorliegende Anklage erstreckte sich nur auf die Verleumdung des Genossen Ebert. Das Gericht beauftragt das äußerste gelinde Urteil damit, daß der Angeklagte die Verurteilung in einem ganz kleinen Kreise (1) gemacht habe und weil er frucht bei allen Bedrückungen einen „sauren Aufgenieße.“ Für nationalistiche Verleumdungen finden sich halt immer Milderungsgründe.

Englische Industrie und Reparationen.

London, 23. November. (M.B.) In einer Denkschrift des Sonderausschusses des „Bundes der britischen Industrien“ heißt es über die Behandlung der Frage der deutschen Reparationen, daß der Reparationsplan in seiner gegenwärtigen Gestalt undurchführbar sei, und daß jeder Versuch, ihn mit Gewalt durchzuführen, zum Zusammenbruch Deutschlands führen müsse. Auf die gleiche Weise werde es schwierig sein, irgendeine Entschädigung von Deutschland zu erlangen.

Wie sind der Ansicht, heißt es in der Denkschrift weiter, daß die Eintreibung dieser Reparationen die Industrie Großbritanniens ernstlich erschüttern würde, sofern nicht besondere Maßnahmen getroffen werden, um die Form der Zahlungen zu regeln. Wir stimmen darin vollkommen überein, daß Deutschland die zum äußersten Maße seiner Fähigkeit zahlen soll. Wir sind jedoch der Ansicht, daß, um unserer Industrie den geringstmöglichen Schaden zuzufügen, die eilfertigen Regierungen neue Vereinbarungen suchen sollten, die Bedingungen in verschiedenen Richtungen abzuändern, und wenn möglich, sogar bereit sein sollten, unter Berücksichtigung der Annahme dieser Abänderungen durch Deutschland die Last zu erleichtern, die Deutschland auferlegt wurde. Im gegenwärtigen Augenblick wird die gesamte wirtschaftliche Zukunft der Welt überschattet von der riesigen Last der Schuld, die während des Krieges und der Nachkriegszeit zwischen den großen Nationen eingegangen wurde, und es ist unmöglich zu erwarten, daß der internationale Handel in die Bahnen wie vor dem Kriege zurückzuführen wird, oder daß neue Beziehungen auf einer dauernden Grundlage erreicht werden können, bevor die Methoden, durch die diese Schuld liquidiert werden soll, nicht auf einer vernünftigen Grundlage geregelt werden.

Am Schluß der Denkschrift heißt es: Wir haben es nicht für notwendig gehalten, in dieser Denkschrift die eingehende Ausarbeitung der Vorschläge zu bezeichnen, die wir unterbreiten. Wir glauben jedoch, daß diese Vorschläge vollkommen durchführbar sind, und daß nur auf dieser Grundlage eine für das Land befriedigende Lösung gefunden werden kann. Wir fordern daher die britische Regierung dringend auf, unsere Vorschläge in ernste und dringende Erwägung zu ziehen.

In der Denkschrift heißt es weiter, die Schulden der Welt können nur in Waren und in Arbeitsleistung

abgelöst werden. Die Bezahlung der Entschädigung durch Deutschland könne nur verwirklicht werden durch die Schaffung eines Ueberschusses der deutschen Ausfuhr über das, was erforderlich sei, um die Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Bedürfnissen nach Deutschland zu bezahlen. Dies sehe aber seitens der Welt die Bereitschaft voraus, die Waren und Arbeitsleistung anzunehmen, die Deutschland am leichtesten bieten könne. Das rasche Anwachsen der Tariffschranken während der letzten zwei Jahre zeige jedoch, daß verschiedene Länder der Welt sich in zahlreichen Fällen weigern, Waren anzunehmen, die ihre Nachbarn zu liefern wünschen.

Die Denkschrift legt im einzelnen die wirtschaftliche Gefahr des augenblicklichen Reparationsabkommens auseinander. Die Reparationszahlungen müßten dadurch, daß sie in den Finanzen der ganzen Welt Verwirrung erwidern, zu einer fest dauernden Entwertung der Welt auf unbegrenzte Zeit und somit bei den Reparationszahlungen Deutschlands zu der Ausfuhr unzulänglicher Mengen von Fertigwaren führen; dadurch werde dem industriellen Leben anderer Länder großer Schaden zugefügt.

Nationalsozialistischer Schwabbel. Zu den von uns totot bezweifelten Angaben der Domburger Nationalsozialistischen Lauffenberg und Wollheim über eine angebliche Geheimnügung von Rapp, Radendorf, Bauer und Wintz teilt uns dieser mit, daß jedes Wort der „Entschuldigungen“ eine alatte Unwahrheit sei. Wintz werde im Januar-Prozess als Zeuge auftreten und die fraglichen Vorkänge in ihrem wahren Verlauf schildern.

Die ungarische Nationalversammlung nahm nach lebhafter Debatte einen Regierungsentwurf auf Vertagung für unbestimmte Zeit an.

Groß-Berlin

Fürstentum in Schulbüchern.

Der Gebrauch der alten Geschichtsbücher im Unterricht wurde wegen ihres nationalstischen, monarchstischen, imperialstischen Inhalts schon im Dezember 1919 verboten. Die dadurch entstandene Lücke wird jetzt allmählich ausgefüllt, leider nur durch kaum weniger schlechte Bücher, was an einem Beispiel dargestellt sei.

Der Berliner Schuldeputation, die eine bürgerliche Mehrheit hat, beschloß vor kurzem, an einer Reihe von Volksschulen versuchsweise das Realienbuch von Albert Bogen einzuführen. Im Sinne der Arbeits- und Heimatschule ist es ein verdienstvolles Werk, besonders im naturwissenschaftlichen Teil. Um so schlechter ist aber der geschichtliche Teil. Im ersten Heft, das für das 6. Schuljahr bestimmt ist, wird die preussische Geschichte von 1640-1815 auf 27 Seiten behandelt. Aber es ist fast nur von Monarchen und ihren Taten, besonders natürlich von den von ihnen geführten Kriegen die Rede. Schon die Ueberschriften der einzelnen Kapitel zeigen dies: „Der Große Kurfürst schafft ein stehendes Heer“, „Der Große Kurfürst kämpft gegen äußere Feinde“, „Brandenburg-Preußen wird unter Friedrich III. ein Königreich“, „Das Heer des Soldatenkönigs und des alten Friedrich“, „Preußen wird eine Großmacht“, „Preußens Unglück (der Krieg 1806/07 ist gemeint)“, „Preußen befreit sich“. Ein Kapitel hat einen friedlichen Inhalt: „Wie Berlin im 18. Jahrhundert ausseh“. Aber bei den Gebäuden, die darin beschrieben werden (besonders natürlich Kirchen), wird stets angegeben, unter welchem König sie erbaut worden sind. Charakteristisch ist auch die Art der Darstellung; denn es werden seitenslang Aussprüche und Erlasse der Hohenzollern aneinandergereiht. Wo bleibt da die Volksgeschichte? Man vermischt jede Ausführung im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung. Den Schülern, die nach diesem Buch unterrichtet werden, wird es suggeriert: „Der Hauptförderer der geschichtlichen Entwicklung ist der Krieg. Alles Große in der Geschichte kommt von den Monarchen. Hauptsächlich ist die Zeit nicht mehr so fern, wo wir in Berlin wieder unseren Kaiser haben!“

Und damit will man heute unsere proletarische Berliner Jugend beglücken?

Die „geeignete Methode.“

Wie die Produzenten sich die Wucherbekämpfung wünschen.

Das Groß-Spekulantenium führt sich durch die neuesten Maßnahmen auf dem Gebiete der Wucherbekämpfung in seiner Existenz bedroht.

Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben in den letzten Tagen die ohnehin knappen Zufuhren von Margarine und Zucker nach Berlin stark nachgelassen, so daß Versorgung für eine geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Fett und Zucker gefährdet wird. Nach Mitteilungen aus Handelkreisen wird die verringerte Lieferung von Margarine und Zucker darauf zurückgeführt, daß die Fabrikanten in der Tätigkeit der Beamten der Wucherpolizei nicht die geeignete Methode erblicken, etwaige Fälle von Wucher aufzudecken. Es soll die Befürchtung vorhanden sein, daß durch die Ueberforderung der Margarineindustrie mit holländischem Kapital — des Ausland besitzt etwa 75 Prozent der in Frage kommenden Betriebe — eventuell seitens der Fabrikanten Maßnahmen vorgenommen werden könnten, die eine sehr erhebliche Schädigung der Bevölkerung zur Folge haben könnten, um so mehr, als die maßgebenden Männer dieser Industrie in Holland sitzen. Auch bezüglich der Zuckerzufuhr für Berlin ist man sehr pessimistisch, da infolge der Kartellierungen in der Zuckerindustrie auch für die Lieferung dieses Lebensmittels ein verhältnismäßig kleiner Kreis der Fabrikanten maßgebend ist.

Was die Fabrikanten als „geeignete Methode“ in der Wucherbekämpfung ansehen, dürfte allerdings in der breiten Masse des arbeitenden Volkes auf erheblichen Widerspruch stoßen. Die Wucherbekämpfung ruhte deshalb mit rätselhaflichen Mitteln einsehen, weil die Produzenten vor Beginn der Wucherperiode nicht die „geeignete Methode“ gefunden haben, um den Wucher in ihren Reihen wirksam zu bekämpfen. Die Behörden dürfen sich durch diese verstockten Drohungen auf keinen Fall einschüchtern lassen.

Zeugenvernehmung im Mordprozeß Buchholz.

In der heute begonnenen

Zeugenvernehmung

schildert den Angeklagten Erren ein Oberleutnant Schlewint aus seiner früheren Dienstzeit bei der Reichswehr als ruhigen und dienstfertigen Soldaten. Auf eine Frage des Staatsanwalts sagt er, ein „anständiges Draufgängerium gegenüber dem Feind“ traue er Erren zu, aber nicht einen Mord. Wachtmeister Buder bekundet, gesehen zu haben, wie Erren das Zimmer 39 betrat, um zu telefonieren. Während er selber zur Toilette ging, sei ihm Buchholz auf dem Korridor begegnet. Von der Toilette aus hörte Buder dann den Schuß fallen. Zurückkehrend, fand er im Zimmer den zusammenschredenen Buchholz. Wie die anderen bereits in das Zimmer geritten Beamten, nahm auch er Selbstmord an. Zeuge gibt auf Befragen zu, Buchholz habe ihm noch an dem selben Tage gesagt, daß er seinen Anzug aufhängen lassen wollte. In einem Mord will Buder nicht glauben; er versichert auch, keine Vermutungen über einen etwaigen Täter zu haben. Zeuge wird vom Vorsitzenden und von beiden Staatsanwälten eindringlich auf seine Zeugenpflicht hingewiesen. Ein Geschworener äußert seine Verwunderung darüber, daß so rasch mehrere Beamte, unter ihnen auch Hauptmann Stennes, bei der Leiche waren. Wachtmeister Willmann hat Buder zur Toilette gehen sehen, hat auch Wachtmeister Heile vor Zimmer 40 stehend bemerkt und später von seinem eigenen Zimmer aus den Schuß gehört. Er lief nach Zimmer 39 und fand Buchholz zusammengebrochen. Auf dem ausgedehnten Mantel des Toten habe der Revolver gelegen. Ueber die dem Wachtmeister Buchholz nachgelagten Balkonen kann er nur bekunden, daß er sich gut kleidete und hundertfreund war. Von Selbstmordneigung hat Zeuge bei Buchholz, mit dem zusammen er kurz vorher im Logenort saß, nichts bemerkt. Ein Verdacht habe sich auf Erren gelegt, weil er nach dem Schuß aus dem Zimmer herausgelaufen sei. Doch früher genannt worden war, Buchholz müsse um die Ecke gehen, ist dem Zeugen bekannt. Heiles Verweilen vor Zimmer 40 sei ihm nachträglich aufgefallen. Die Möglichkeit eines Selbstmordes habe er sofort bezweifelt. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt Zeuge, die Erzeugung Errens sei so ungewöhnlich gewesen, daß man sie aus seiner Anwesenheit bei dem angeblichen Selbstmord nicht allein erklären konnte.

Fortgesetzte Raubüberfälle.

Die Raubüberfälle und Ausplünderungen auf öffentlichen Straßen und in Wohnungen nehmen noch immer kein Ende. Als in der vergangenen Nacht der Kurzmaler Richter aus der Emmanuelparkstr. 25 auf dem Heimwege seine Wohnung fast erreicht hatte, fielen an der Ecke der Prenzlauer Allee drei junge Burschen über ihn her und raubten ihm die Brieftasche, die 5000 M. bares Geld, einen Scheck des Berliner Rasenvereins über 10 000 M. und zwei Diabendenheine der Diskont für Handel und Industrie über je 1500 M. enthielt. — 25 000 M. bares Geld hätte der Privatier Otto L. aus der Glasowstraße ein, der in Nichtenberg Wegelagerer in die Hände fiel. Sie nahmen ihm auch die goldene Uhr mit Ketze. Die Uhr trägt auf jedem Deckel einen

Frauentopf. — Ein schwedischer Ingenieur, der sich augenblicklich in Berlin aufhält, sah gestern in einem Restaurant den unteren Friedriehstadt zu Abend und wollte dann mit einem Kraftwagen nach seiner Wohnung in einem Hofplatz fahren. Bevor er den Wagen erreicht hatte, wurde er an der Waidenammer Brücke von einem Unwohlsein befallen und brach bewußlos zusammen. Als er wieder zu sich kam, lag er in einer Konditorei in der Friedriehstadt. Die „Somariter“, die ihn dorthin gebracht hatten, hatten ihm die Wäsche und seine goldene Uhr geraubt. Die Wäsche betrug 3500 M., die Uhr bei besonders einen hohen Wertumsatz, etwa 35 000 bis 40 000 M. Auf der Innenseite trägt sie den Namen Hülse eingraviert.

Der neue Schnellbahnwagen.

Wie auch auf anderen Gebieten, so wird auch auf dem Gebiete der Betriebsmittel auf den Berliner Schnellbahnstrecken vom Betriebsmittel der Stadt Berlin versucht werden, die Einheitsart der Betriebsmittel zu erzielen. Hierzu wird jetzt vom Betriebsamt ein neuer Typ für einen Schnellbahnwagen ausgearbeitet, der die Nachteile der bisher gebräuchlichen Wagenarten vermeidet. Ohne Rücksicht auf die Auszubildung der Elektromotoren und der Leistungsfähigkeit, soll der neue Wagen neben einer übersichtlichen Anordnung der Benutzsige auch den schnellen Wechsel der Fahrgäste auf den Stationen, unter Vermeidung des Gedränges an den Wagentüren, eine schnelle Uebertragung und ein möglichst großes Fassungsvermögen in sich vereinigen. In dieser Hinsicht ist nunmehr der Grundriß für eine neue Bauart der Wagen aufgestellt worden, nach deren Muster zunächst ein Prototyp für die Nord-Süd-Bahn bestellt werden ist. Dieser Prototyp soll erweitert, ob die zunächst als Zeichnung aufgestellte Lösung der Platzverteilung eine für den Berliner Massenverkehr günstige ist.

Die Ungültigkeit der Teplitzer Kreiswahl.

Der zweite Senat des Oberverwaltungsgerichts hat nunmehr die Verurteilung des Teplitzer Kreisrats gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses zu Potsdam verhandelt, der die am 20. Februar d. J. zusammen mit den Landtags- und Provinzialwahlen durchgeführten Kreiswahlwahlen für ungültig erklärt hatte. Die Ungültigkeit war von drei Wahlberechtigten, dem Rentmeister Sonnenburg (Schlow), dem Patentanwalt Wering (Rahlow) und Dr. Scheffler (Schwadowe) beantragt worden; der Kreisrat hat ihren Einspruch zurückgewiesen und die Wahlen trotz der vorgebrachten Einwürfe für gültig erklärt. Das Oberverwaltungsgericht schloß sich der Entscheidung des Bezirksausschusses an und erklärte die Wahlen für ungültig, weil 99 zu unredlich, hauptsächlich auf Wahlscheinen abgegebene Stimmen vom Kreisrat für ungültig erklärt worden waren. Unter Berücksichtigung dieser 99 Stimmen konnte sich ein anderes Wahlergebnis herausstellen. Deswegen mußte die ganze Wahl für ungültig erklärt werden. Innerhalb von 6 Wochen nach schriftlicher Zustellung dieses Urteils müssen daher Neuwahlen für den Kreisrat stattfinden, vorausichtlich im Januar 1922.

Eindbruch in eine Turnhalle. Diebe haben die im Obergeschosse belegene Turnhalle der fünften Treptower Gemeinde-schule in der Widenbruchstraße heimlich und heimlich erst vor einigen Monaten neu angelegten Turnhalle und Turnpferde abgeleert. Offenbar dieselben Diebe drehten in der gleichen Nacht von fast allen Häusern einer benachbarten Straße die Messingklinten der Haustüren ab.

Feuer in der Kochstraße. Die Berliner Feuerwehr wurde wegen eines gefährlichen Brandes nach der Kochstraße 78 alarmiert, wo im Seitenflügel Schränke und Immobilien der Lunastim-Gesellschaft in Flammen standen. Der 3. Löschzug mußte von außen über eine mechanische Leiter eindringen und Luft machen, bevor es gelang, an dem im Seitenflügel gelegenen Brandherd heranzukommen. — Der 4. Löschzug hatte in der Kammandantenstraße 46 einen Ladenbrand zu löschen. Hier brannten Regale, Bücher, Schokolade, Ballons u. a. und mußte tüchtig gearbeitet werden. — Der 15. Löschzug hatte in der Wenzelstraße 81 zu tun, wo die Kellerräume in Flammen standen. Die Flammen hatten an dem Inhalt der Vorräte, Heißtöpfen usw. schnell reichliche Nahrung gefunden, weshalb kräftig Wasser gegeben werden mußte.

Anschläge auf Vorortzüge wurden gestern wieder an zwei Stellen verübt. Auf der Straße Jungfernhöhe — Westend wurde an der Replerstraße ein schwerer Stein gegen den Zug geschleudert, der eine Fensterscheibe durchschlug und eine Steintrümmer an der linken Schiene ziemlich schwer verunbete. Der zweite Anschlag wurde auf den Jollerener Vorortzug in der Nähe der Gosanstraße Mariendorf verübt, wobei ebenfalls eine Fensterscheibe zertrümmert wurde. Verlosen jedoch nicht zu Schaden kamen. Der Täter konnte auch in diesen beiden Fällen nicht ermittelt werden. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß für Auslösung jedes einzelnen Anschlages eine Belohnung von 5000 M. ausgesetzt ist und zweckdienliche Mitteilungen an Kriminalkommissar Dr. Kleemann im Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums zu richten sind.

Die Erhöhung der Beherbergungssteuer von 10 Proz. auf 15 Proz. des Entschlusses ist vom Oberpräsidenten genehmigt worden und hat die Zustimmung der zuständigen Minister bis zum 31. März 1922 gefunden. Die erhöhte Steuer wird vom 28. November ab zur Erhebung kommen. Die steuerpflichtigen Vermieter, nämlich die Besitzer von Hotels, Gasthöfen, Gasthäusern, Wirtschaften, Pensionen und die gewerbmäßigen Zimmervermieter, werden auf diese Erhöhung aufmerksam gemacht.

Erleichterungen für Ost- und Westpreußen-Kellende. Die Personalanweisung für Reichsdeutsche zu Stellen nach West- und Ostpreußen werden kostenlos ausgestellt und sind jetzt nicht mehr auf den Polizeiamt, sondern auf den Polizeirevier zu haben. Damit tritt für die Kellenden nach West- und Ostpreußen eine wesentliche Erleichterung ein, da sie nun nicht mehr die vielfach weiten Wege nach dem Polizeiamt zurücklegen brauchen.

Die Kriegsbücherei von Professor Silex ist nach der Luisenstraße 33/34 verlegt worden.

Ein Vorkursklausur über die Alkoholgefahr wird von der Berliner Ortsgruppe des Vorkursklausurenvereins am Sonntagabend in der Sophienstraße, Weimarschule, 16/17, abgehalten.

Ueber die religiöse Bedeutung des Märzmonats spricht Karl Tennstedt im Bund religiöser Sozialisten in Neudamm am Freitag, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr, Ortstraße 211, im großen Gemeindesaal.

Russische Sprachkurse für Deutsche. Eine Gruppe von Russen hat Sprachkurse für Deutsche eingerichtet. Im gerade den Arbeitern die Teilnahme zu ermöglichen, ist ein geringes Honorar — 30 M. monatlich — festgesetzt. Dafür wird dreimal in der Woche je 1 1/2 Stunde Unterricht erteilt. Der Unterricht findet abends in der Kriegerstraße 101, Anmeldung jederzeit bei H. Braun, Professor der Universität Petersburg, Berlin W 10, Damburgstr. 6.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und windig, aber nur zeitweise nebelhaft bei schwachen Stößen bis südlichen Winden. Vorher um mittig mäßiger Frost.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 24. November:

18. Kreis, Westhafen. Abends 8 Uhr im Hotel Sonne, Reichenberger Str. 8. Ueberörtliche Kreisamtsverwaltung. Die Mitglieder des Kreisverbandes treffen sich um 8 1/2 Uhr im selben Lokal.

Morgen, Freitag, den 25. November:

24. Ost. (Freier 2.). Die Funktionäre müssen sich abends 5 Uhr Freitag abends zur Vertagung abgeben bei Café Westend-Reich. 24. Kreis, Reichenberger. Abends 7 Uhr. Kreisamtsverwaltung. Thema: „Agitationsbildung und -ausbreitung.“ Referent: Dr. Dombner, W. 12.

Gewerkschaftsbewegung

„Du sollst den Feiertag heiligen.“

Die sozialistischen Volksbeauftragten legten im Februar 1919 durch Reichsverordnung die vollständige Sonntagsruhe für das ganze Reichsgebiet fest. Nur an Sonntagen, an denen besondere Verhältnisse es erfordern, kann eine Beschäftigung bis zu acht Stunden zugelassen werden, und zwar kann die Vollzeithörde höchstens sechs, die höhere Verwaltungsbehörde höchstens weitere vier solcher Ausnahmesonntage zulassen.

Wie jede soziale Errungenschaft der Revolution, so fand auch diese Regelung der Sonntagsruhe bald ihre Gegner. Mit großem Geschrei wurde namentlich von Krämlern und sonstigen Rückschrittlern die Beseitigung des Grundgesetzes der völligen Sonntagsruhe verlangt. In einzelnen Ländern mit bürgerlichen Regierungen, vor allem in dem „christlichen Ordnungsstaate“ Bayern ist es diesen Dunkelmännern auch gelungen, sich Gehör zu verschaffen. So hat z. B. Bayern unter mißbräuchlicher Anwendung des § 105e der Gewerbeordnung — der den unteren Verwaltungsbehörden gestattet, für Gewerbe, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, Ausnahmen von der Sonntagsruhe zuzulassen — die Reichsverordnung durchbrochen.

Statt nun gegen derartige Ungeheuerlichkeiten der einzelnen Länder energisch vorzugehen, plant jetzt der Reichsarbeitsminister, den Grundgeden der völligen Sonntagsruhe zu beseitigen. Er will den höheren Verwaltungsbehörden das Recht geben, an 12 Sonntagen im Jahre eine Beschäftigungsdauer bis zu drei Stunden zuzulassen. Dazu kann die untere Verwaltungsbehörde noch zwei weitere Ausnahmesonntage zulassen. Die bisherige Vorschrift, daß besondere Verhältnisse vorliegen, würde damit ebenfalls beseitigt. Der Reichsarbeitsminister hat bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet. Zur Besprechung dieses Entwurfs waren zum 7. Oktober Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Handelsvertrieb, der bundesstaatlichen Regierungen und der landwirtschaftlichen Unternehmer und Arbeiter zu einer Sitzung eingeladen. In dieser Sitzung nahmen sämtliche Angelegenheitsvertreter die Gelegenheit wahr, um gegen diese geplante Verschlechterung der Sonntagsruhevorschriften aufs schärfste zu protestieren. Die Vertreter der Regierungen von Sachsen und Mecklenburg bezeichneten die Vorlage des Reichsarbeitsministeriums als von ihrem Standpunkt aus nicht notwendig. Der Vertreter der preussischen Regierung trat für die Vorlage ein, während die Vertreter von Oldenburg und auch von Bayern sogar mit der geplanten Verschlechterung der Sonntagsruhe nicht zufrieden waren, sondern noch darüber hinausgehen wollten. Die anwesenden Vertreter der Gemeinden standen dem neuen Entwurf durchaus kühl gegenüber. Die landwirtschaftlichen Unternehmer erklärten, daß in ihrem Interesse eine Änderung der bestehenden Regelung nicht notwendig sei, wohl aber wegen der landwirtschaftlichen Arbeiter. Der Vertreter der freigewerkschaftlichen Landarbeiter erklärte aber, daß aus den Reihen seiner Mitglieder niemand eine solche Wiedereinführung der Sonntagsarbeit im Handelsvertrieb verlangt hat. Auch dem Vertreter der christlich-nationalen Landarbeiter waren derartige Wünsche der Landarbeiter nicht bekannt; er wollte dies erst durch eine Umfrage bei seinen Mitgliedern feststellen.

Trotz der Proteste der Angelegenheitsvertreter bleibt das Reichsarbeitsministerium anscheinend bei dem in dem Gesetzentwurf festgelegten Standpunkt. Jedenfalls kann man in der letzten Zeit eine darauf hindeutende Tätigkeit bürgerlicher Zeitungskorrespondenzen beobachten. Angesichts der Tatsache, daß sowohl der Reichstag als auch der Reichswirtschaftsrat sich bereits vor längerer Zeit für den Grundgeden der völligen Sonntagsruhe ausgesprochen haben, ist es eigentlich ein starkes Stück, daß das Reichsarbeitsministerium einen derartigen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat. Es ist selbstverständlich, daß die Angelegenheitsvertreter sich die Beseitigung der für sie wichtigen Errungenschaft der Revolution nicht gefallen lassen wird.

Für die gewerbliche Sonntagsruhe gelten heute noch Ausnahmedestimmungen vom 1. April 1895. Der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit nimmt zwar verschiedentlich Bezug auf diesbezügliche

Bestimmungen der Gewerbeordnung, läßt jedoch die Sonntagsarbeit unangefochten neben dem Achtstundentage bestehen. Die besondere gesetzliche Neuregelung resp. Beseitigung oder Einschränkung der Sonntagsarbeit auf das unumgänglichste Maß darf sich nicht auf das Handelsgewerbe beschränken, sondern auch auf die gewerblichen Betriebe.

Generalversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Der Vorsitzende Hodapp gab den Geschäfts- und Kassenbericht für das dritte Quartal 1921. Der Kassenbericht weist in Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse die Summe von 201.461,70 M. auf. An Arbeitslosenunterstützung wurden 5110,70 M.; an Krankenunterstützung 11.452,80 M. ausgegeben. Das Lokalfasservermögen beträgt 107.912,68 M. Der Mitgliederbestand beträgt 5946. Auf Antrag der Revisoren wurde der Verwaltung Entlastung erteilt.

Als wichtiger Punkt stand ferner auf der Tagesordnung: Beschlußfassung über Erhebung zweier Extrabeiträge zu 5 M. von den männlichen und einen zu 5 M. von den weiblichen Mitgliedern zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen zu Weihnachten. Ferner Erhebung des Lokalfasservermögens von 50 Pf. auf 1 M. Gegen etwa 25 Stimmen wurde der Erhebung der Beiträge zugestimmt. Zu diesen neuen Beiträgen kommt dann noch ein Zuschlag von 1 M. für die Lokalfasse. — Entsprechend den Beiträgen sind auch die Streikunterstützungen erhöht worden und betragen für das Mitglied 5, 10, 15, 20, 25, 30 und 35 M. Ebenfalls sind die Bezüge für Frauen und Kinder erhöht worden. Aus der Lokalfasse sollen außer den angeführten Sätzen bei Streiks pro Tag noch etwa 2 M. gewährt werden. Die Erhebung der Extrabeiträge für die erwerbslosen Mitglieder wurde einstimmig angenommen.

Die einstweilige Verfügung.

Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der einstweiligen Verfügung hat die Firma B. Winterhagen in Hohenlimburg unterm 18. November einen Gerichtsbeschluß gegen den Angestellten der dortigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genossen Scheer, erwirkt. Unter Berufung auf § 823 BGB. und die §§ 935, 940, 942, 890 der Zivilprozessordnung wird diesem Gewerkschaftssekretär aufgegeben, es zu unterlassen, die arbeitswilligen Arbeiter der Antragsstellerin von der Arbeit bei ihr abzuhalten, sie zur Aufnahme der Arbeit bei ihr aufzufordern und sie zur Annahme anderer Arbeit zu veranlassen. Die Kosten der einstweiligen Verfügung werden dem Antragsgegner auferlegt. Der Antragsstellerin wird eine Frist von zwei Wochen gestellt, innerhalb welcher sie den Antragsgegner über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung vor das Gericht zu laden hat.

Da derartige Verfügungen meist rascher erwirkt als zurückgenommen sind, bedeuten sie an kleinen Orten einfach die Bahmlegung der Streikleitung für die Zeit während des Streiks. Bei größeren Organisationen sind aber solche Unternehmerrauschüchte nur ein Schlag ins Wasser. Der Verband findet stets einen Ersatzmann, der die Streitenden darüber belehren kann, daß und warum sie sich nicht zu Streikarbeit begeben und sich zu Streikbrechern nicht herabwürdigen lassen dürfen. Nebenbei ist es ein großer Unfug, streikende Arbeiter in einen Gegensatz zu arbeitswilligen Arbeitern deshalb zu bringen, weil sie nicht mehr gewillt sind, unter den vom Unternehmer vorgestellten Arbeitsbedingungen zu arbeiten.

Das Recht der einstweiligen Verfügung dürfte auf Streiks überhaupt nicht angewandt werden. Daß es bei Aussperrungen einmal mit Erfolg angewandt worden sei, ist uns nicht bekannt.

Die Bauarbeiter Mannheims haben den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2,50 M. und eine Verdoppelung der Sätze für Überstunden vorsieht, abgelehnt. Man rechnet mit einem Streik.

Die Metallarbeiter in Remscheid fordern eine Erhöhung der gegenwärtigen Lohnsätze ab 1. Dezember um 50 Proz.

Der Elektrizitätsstreik in der Pfalz scheint beendet zu sein. Die verbreitet folgende Meldung: Eine Arbeitsniederlegung in der Badischen Anilin- und Sodafabrik ist durch die Befehlsbehörden verhindert worden. In der 10. Abendstunde des Mittwoch war die Ludwigshafener Stromversorgung wieder normal. Damit ist zugleich mit einem Ende des Streiks zu rechnen, da das Pfalzwerk keine Unterstützung der Gewerkschaften gefunden hat.

Generalsstreik in Jullisch-Venedien. Während der Streik in Liguren und Neapel, wie gestern gemeldet, aufgehört hat, ist in Jullisch-Venedien ein Generalsstreik ausgebrochen. Die Lage ist ruhig. In Triest haben sich Rotarbeitsausschüsse gebildet. In einigen Werken wird trotz des Streiks gearbeitet.

Wirtschaft

Wirkungen des Valutadumpings in Dänemark.

Einem Berichte über die Lage der wichtigsten Industriezweige in Dänemark, den die Organisation der Industriellen in Verbindung mit dem Handelsministerium bearbeitet hat, entnimmt das Internationale Arbeitsamt die folgenden bemerkenswerten Einzelheiten:

Papierindustrie. Die dänische Produktion ist auf ein Drittel der Vorkriegsproduktion zurückgegangen, während die Einfuhr 1921 um 16 Proz. größer war als 1913.

Zigarrenindustrie. Im Juni 1921 wurden 5 Millionen Zigarren eingeführt, zumeist aus Deutschland. Ihre Herstellung im Lande selbst hatte 1800 Arbeitern der Tabakindustrie während dieses Monats Beschäftigung gesichert.

Korsettfabriken. Von den in der Korsettfabrikation 1913 Beschäftigten finden zurzeit höchstens 10 Proz. Arbeit in der gleichen Industrie.

Schuhindustrie. 1913 wurden 3500 Arbeiter beschäftigt, heute nur noch 1600 und von diesen viele mit verkürzter Arbeitszeit. Die Schuhwaren einfuhr aber hat sich im gleichen Zeitraum verdoppelt. Ihr Umsatz entsprach 1913 etwa 20 Proz. der eigenen Produktion; heute macht sie 40 Proz. derselben aus.

Textilindustrie. Die Industrie beschäftigt jetzt nur noch 30 bis 50 Proz. ihrer früheren Arbeiterzahl. Sie leidet besonders durch den Stand der Wolle und die dadurch begünstigte Zufuhr aus Deutschland.

Glasindustrie. 75 Proz. der Arbeiter sind beschäftigungslos. Im ersten Halbjahr 1921 wurden viermal soviel Flaschen aus dem Auslande eingeführt als im gleichen Zeitraume des Jahres 1913.

Klavierindustrie. Nur noch ein Sechstel der 1914 und nur noch ein Zehntel der 1919 beschäftigten Arbeiter ist heute in dieser Industrie tätig. 1913 stammten 40 Proz. der im Handel abgesetzten Klaviere aus eigenen Werkstätten des Landes, heute nur noch 12 bis 15 Proz.

Klempnerei. 1914 wurden 1450 Arbeiter beschäftigt, heute noch 1100. Die Einfuhr von Klempnerartikeln aus Deutschland wächst andauernd. In einzelnen Artikeln ist sie 25mal höher als vor dem Kriege.

Tapetenfabrikation. Die Zahl der Beschäftigten ging auf ein Drittel zurück, desgleichen die eigene Produktion, während die Einfuhr um 40 Proz. zunahm.

Konfektion. Obwohl die Nachfrage zurückging, hat die Einfuhr stark zugenommen. 2000 Schneider sind ganz arbeitslos, während die anderen nur etwa zwei Stunden am Tage beschäftigt sind. Bei der jetzigen Wolle kostet ein deutscher Anzug nur ein Viertel von dem, was für einen dänischen Anzug bezahlt werden muß.

100 000-Kronen-Noten läßt die deutschösterreichische Notenbank jetzt herstellen. Bisher hat Deutschösterreich als höchstwertiges Geldzeichen die 10 000-Kronen-Note gehabt. Die 10- und 20-Kronen-Scheine dürften bald verschwinden. Ob man sich den Zugus erlauben wird, eigene Druckplatten für die neuen Noten herzustellen, wird nicht gemeldet. Bisher druckte man von den österreichischen und fügte nur den roten Stempel „Deutschösterreich“ hinzu.

Aus aller Welt.

Die glückliche Jahnenjungfer. Raufolgende Geschichte finden wir in der Teplitzer „Internationale“: Im Gasthause Waldschöchl in Eichwald hat die Marienkongregation ihr Vereinslokal. In diese Marienkongregation werden nur Jungfrauen aufgenommen, weshalb der Verein auch christlicher Jungfrauenverein genannt wird. In der letzten Versammlung ereignete es sich, daß die Jungfrau E. S., gleichzeitig Nahrentägerin der Marienkongregation, von Geburtswehen befallen wurde und mitten in der Andacht einen gefundenen Kinde das Leben schenkte.

Glas-Notgeld einzuführen plant man in Böhmen. In Betracht käme weißes oder gelbes Milchglas. Die Herstellungskosten würden niedrig sein.

60 Engländer aus der spanischen Fremdenlegion wurden in Algier ausgeschifft. Sie werden auf Verlangen ihrer Regierung heimgeschifft.

Bericht für den rechte Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für die linke: Dr. Gluck, Berlin. Verlag Bornhorts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhorts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

Für den Weihnachtsmann
kaufen Sie im **Engros-Lager W. Reinecke, SW, Katzbachstr. 25**
(141. Kurfürst 214) billig ein, wenn Sie sich durch eine geringe Anzahlung den heutigen Preis sichern. Die angesprochenen Waren werden bis zum Fest kostenlos aufbewahrt.
Metallbettstellen einfache, eleg. 300,- b. 1100,- keine Holzrahmenmatratzen.
Stahlmatratzen Fed Holzbest. pass. Unterfedg.
Kinderbettstellen in groß. Ausw. 2 u. Engrosgr.
Auflegematratzen (dreit.) Stoff- u. Dreibezüge in reich. Ausw.
Alles aus erster Hand!

Gurkofix
feinst. Gurkensalat
Überall erhältlich!
Carl Timmer Essig-, Mostich-, u. Konservfabrik
Berlin, Büschingstr. 6

Brillanten Gold- und Silber-Bruch
sind bei der heutigen Valuta
— große Werte!
Nur das reelle Juwelengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.
Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105,
9 bis 7 Uhr. Ge. ründet 1883

Soeben erschienen! Soeben erschienen!
Dr. Eugen Pawlowski:
Der Bankrott Deutschlands

INHALT:

Vorwort. Einleitung. I. Teil. Die Wirtschaftskrise Deutschlands: 1. Die Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands. 2. Die Verarmung Deutschlands als Folge des Krieges. a) Niedergang der Landwirtschaft. b) Die Krise der Industrie. c) Das Bauwesen. d) Der Verfall des Transportwesens. 3. Wo sind die deutschen Arbeiter? 4. Die Verelendung der Arbeiterklasse Deutschlands. a) Der Zusammenbruch der Ernährung. b) Teuerung und Lohnsteigerung. 5. Der Rückgang der Arbeitsleistung. 6. Das Elend der deutschen Arbeiterklasse macht die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig. 7. Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland. 8. Das Reparationsproblem. II. Teil. Die Finanzkrise des Deutschen Reiches: 9. Alte Sünden. 10. Die Ergebnisse der verfehlten Finanzpolitik. a) Das Defizit des Staatshaushaltes. b) Die Entwertung des Geldes. c) Die Verschöbung in der Vermögens- und Einkommensverteilung. 11. Das Steuerproblem im Klassenstaat. 12. Verteilung der Steuern auf die Einkommensarten. 13. Hic Rhodus, hic salta. 14. Was die vornehmen Ausländer raten. 15. Die „Studien“ der Gelben Internationale. 16. Der Lösungsversuch der Regierung. 17. Die Agrarier im Klassenkampf. 18. Die Ohnmacht der Bourgeoisie. 19. Die Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie. 20. Die Steuerlast des Arbeiters. 21. Herr Parvus als Retter in der Not! 22. Dem Zusammenbruch entgegen. 23. Unsere Steuerpolitik und der Staatskapitalismus.

189 Seiten. — Prcis M. 2.50, gebunden M. 6.—
Zu beziehen durch
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg II

Vorsicht Verkaufen Sie nichts zu billig, loh kaufe ohne zu handeln und zahle wie bekannt die höchsten Preise für:
Platin Zahnleiste, Kontakt, Bransillie
Gold Uhren, Ketten, Ringe
Silber Bestecke, Zischen, Bruch
Gebisse Zahn, bis 200 b. 2000
Brillanten, alte Münzen, Ferngläser
Richard Herrmann Wilhelmstr. 39, Ecke Kochstraße
nahe Anhalter und Potsdamer Bahnhof.
Vom Publikum selbst als eine höchstzahl. Stelle anerkannt.
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich. Vorzeiler dieser Anzeige erhält bei Verkauf 5 M. extra

Jahungstrankstoffe
der Dach-, Schiefer- u. Ziegeldächer
zu Berlin
Sonntags, 3. Bebr. 1921, abends 7 Uhr, im Reiterklub-Schläger, Köpenickerstr. 21.
Oderstraße 20/8

Wo laß ich meinen Wagen machen?
Wer garant. f. gut. Sib u. Verarbeitg?
Max Motel, Schneidernstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 36 u. Tel. 600
Lieferung für höchste Staatsbedürfnisse
Biele Anerkennungen u. Preisurteilen

GOLD-Silber-Platin-Bruch
kauft
Gotzkowskyst. 13

Ausgabe - Sitzung
Zusammenkunft:
1. Wahl des Rechnungsprüfers zur Prüfung der Jahresrechnung für 1921. 2. Billigung des Jahresberichts für 1921. 3. Veränderung der Dienstordnung. 4. Rechnungsüberprüfung. 5. Familienhilfe. 6. Streifenpreis. 7. Der neue Verrechnungsbogen. 8. Berichtsbereit.
Der Vorstand:
Herrn Rebe, Vorsitzend.

Haut-Geheimts
Hauterkrankheiten, Ekzeme, Psoriasis u. dergleichen, bei Männern und Frauen, ohne Verschöbung. Seitenshören über 20 Jahre bewährt durch **Geheimts**. — Gebrauchsanweisung: 9-1. 4-7%. — Sonnenöl. — Behandlung: f. elektrolyt. und Lichttherapie u. Naturheilverfahren. Berlin SO 16, Brüderstr. 10 b (Bahnhof Jannowstraße).
Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt
ber. f. Austl., v. d. deutsch. Regierung anerkannt.
30 jährige Praxis

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Gehläar,
50, Waldemarstraße 61
Jagdgewehre
Automatische Pistolen usw.
Kauf, Verkauf, Umwandlung
Gemein-Tafel
Gust. Rätzel
Berlin W 8, Markgrafstr. 50

Ueberbiete jede Konkurrenz für
Platin, Gold- u. Silberbruch
Zahngebisse, alte Münzen und sämtliche Schmuckgegenstände
Roseneck, Neukölln
Ziethenstr. 4, 1, an der Bergstraße.
Größtes Absatzgebiet f. Händler.

Korbmöbel
auf Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller
A. Lesdau
erkäufte für keine Korbmöbel
Ferngr. Neukölln 196
Ausstell. u. Verkauf nur
Neuk. Anzenerhäuser

Klaviere
Fischer zahl. Kauf! Herrr,
Gödenstr. 3, Tel. 1151.